Dieser Text wurde zuerst am 23.07.2025 auf www.strategic-culture.su unter der URL ‹https://strategic-culture.su/news/2025/07/23/the-case-for-media-transparency-within-the-eu-just-got-sexy/› veröffentlicht. Lizenz: Martin Jay, Strategic Culture, CC BY-NC-ND 4.0

Studie von Thomas Fazi zur Medienfinanzierung und der Gestaltung des öffentlichen Diskurses aus dem Juni 2025. (Screenshot: ‹https://brussels.mcc.hu/uploads/default/0001/01/10af81f9f28a04dbcb2e9fb98bf28a7c9f16a07a.pdf›)

Medientransparenz in der EU

Das Argument, das gerade sexy geworden ist

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht hat die Europäische Kommission der Bestechung von Journalisten in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar für wohlwollende Berichterstattung überführt. Wie lange kann das noch so weitergehen?

Autor: Martin Jay

Martin_Jay.jpg

Martin Jay ist ein preisgekrönter britischer Journalist mit Sitz in Marokko, wo er als Korrespondent für die britische Tageszeitung The Daily Mail tätig ist. Zuvor berichtete er für CNN und Euronews über den Arabischen Frühling in Marokko. Von 2012 bis 2019 war er in Beirut stationiert, wo er für eine Reihe internationaler Medien wie BBC, Al Jazeera, RT und DW arbeitete und als Freiberufler für die britische Tageszeitung Daily Mail, The Sunday Times und TRT World berichtete. Im Laufe seiner Karriere war er in fast 50 Ländern in Afrika, dem Nahen Osten und Europa für eine Vielzahl bedeutender Medien tätig. Er hat in Marokko, Belgien, Kenia und im Libanon gelebt und gearbeitet.

Während wir Zeugen der fortgesetzten antidemokratischen Kontrolle der EU-Kommissionspräsidentin über das Projekt, aber auch über eine Reihe von Werten wie die Meinungsfreiheit sind, hat ein euroskeptischer Brüsseler Think Tank aufgedeckt, dass das Projekt Journalisten für wohlwollende Berichterstattung besticht. In einem aktuellen Bericht behauptet MCC, dass die EU heimlich mindestens 80 Millionen Euro pro Jahr in Print- und Rundfunkmedien pumpt [1] – oft unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Fake News.

Die Zahl von 80 Millionen Euro ist jedoch stark untertrieben und dürfte in Wirklichkeit drei- bis viermal so hoch sein, da die Rechenschaftspflicht und Transparenz solcher Zahlungen erwartungsgemäß in undurchsichtigen Buchhaltungspraktiken verborgen sind und sowohl die EU als auch die Medien selbst nicht bereit sind, ihren Lesern/Zuschauern gegenüber offen zu sein.

Finanzierungsprogramme werden oft mit Schlagworten wie „Bekämpfung von Desinformation“ oder „Förderung der europäischen Integration“ präsentiert, doch in Wirklichkeit handelt es sich um einen Fonds, der lediglich dazu dient, Propaganda für das Projekt selbst zu betreiben.

Die Wahrheit ist, dass insbesondere die Europäische Kommission eine Strategie der Bestechung von Medienriesen vorantreibt, immer mehr, um damit die EU und ihre verdrehte Darstellung zu fördern. Ironischerweise ist es gerade Ursula von der Leyen, die oft davon spricht, wie wichtig „Fakten“ seien. Ihre Behauptung, sie glaube an die Wahrheit und eine unabhängige Presse, ist an sich schon eine Illusion im großen Stil und vielleicht das beste Beispiel dafür, was „Fake News“ im Kreislauf der EU eigentlich sind. Erst kürzlich gab uns die Ironie, dass sie kurz davor stand, ihren Posten als Kommissionspräsiden-

tin zu verlieren, Anlass zu herzlichem Gelächter.

„Fakten zählen, die Wahrheit zählt", sagte sie kürzlich in ihrer Rede vor dem EU-Parlament, kurz bevor ein Misstrauensvotum gegen sie abgehalten wurde. Sie sagte – hören Sie auf zu lachen – sie sei bereit, sich an einer Debatte zu beteiligen – vorausgesetzt, diese basiere auf „Fakten" und „Argumenten".

Dennoch gab es noch nie eine EU-Kommissionspräsidentin, die mehr an die dunkle Kunst, Journalisten und Medien zu bestechen, glaubte und davon profitierte als Ursula von der Leyen. Tatsächlich sind genau die Medien, die ihr kürzlich zu Hilfe eilten, als sie von einer Gruppe euroskeptischer Europaabgeordneter an den Pranger gestellt wurde, Fake-News-Organisationen, die seit Jahrzehnten Millionen von Euro in braunen Umschlägen erhalten.

„Von der Leyen verteidigt sich erfolgreich gegen Misstrauensvotum und greift Rechtsextreme an", donnerte *Der Spiegel*, während die *Deutsche Welle* (DW) von einem Scheitern der Rechten berichtete: „Rechtsextreme scheitern mit Misstrauensantrag gegen von der Leyen".

„Rechtsextremisten"? Ernsthaft?

Vielleicht ist es erwähnenswert, dass DW bis heute rund 35 Millionen Euro aus dem EU-„Schmiergeldfonds" erhalten hat. Dies geht aus dem Bericht eines ungarischen Thinktanks hervor, der von Thomas Fazi zusammengestellt wurde, einem italienischen Wissenschaftler, dessen Arbeit auf *Unherd* veröffentlicht wird und der kürzlich beeindruckende Untersuchungen über die salamitaktische Machtübernahme der EU in den Mitgliedstaaten veröffentlicht hat [2]. Ursula von der Leyen spielt dabei natürlich eine zentrale Rolle – ebenso wie korrupte Medien wie die Deutsche Welle, die so spektakulär schlecht ist, dass ihr eigener deutschsprachiger Dienst eingestellt werden musste, weil kein Deutscher diesen schwülstigen Müll sehen wollte, der die EU und die außenpolitischen Ambitionen Deutschlands verherrlicht.

Dieser Schmiergeldfonds, der den Status und die Relevanz der EU stärken soll, gibt es schon seit geraumer Zeit. Aber der Bericht war aufschlussreich, da er genau erklärt, *wie* die Europäische Kommission bei der Verteilung der Gelder vorgeht.

Traditionell erhält die EU über die Rundfunkanstalten eine künstlich positive Berichterstattung zu Ereignissen in Brüssel. Sender wie DW, Euronews und die meisten großen staatlichen Rundfunkanstalten in der EU profitieren hier von Subventionen. Wobei die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und andere Institutionen wie der Ministerrat Filmaufnahmen, Schnitt und Studioeinrichtungen in ihren hochmodernen Studios zur Verfügung stellen, die selbst ein undurchsichtiger Sumpf aus Korruption und Unterschlagung in großem Stil sind. Diese „Studios" bieten alles, was nationale Rundfunkanstalten mit „Korrespondenten" in Brüssel benötigen. Fernsehproduktionen, insbesondere vor Ort, sind teuer.

Die EU bezahlt alles, wodurch staatliche Rundfunkanstalten wie die DW Millionen an Produktionskosten sparen, die natürlich durch die Berichterstattung zurückgezahlt werden, die nicht nur eine positive Darstellung der EU liefert, sondern oft einfach die EU-Narrative wiederholt.

Es handelt sich um Propaganda auf einem Niveau, das Goebbels stolz machen würde. Denn das Geniale daran ist, dass die Beziehung, die sich zwischen den Rundfunkanstalten und der EU entwickelt, jeden Tag wächst, bis beide erkennen, dass sie einander mehr brauchen als ihnen bisher bewusst war. Das Ergebnis ist, dass sogenannte „Nachrichtenereignisse" in Brüssel, die so langweilig sind, dass sie normalerweise nie das Licht der Welt erblicken würden, wenn die Redakteure in Berlin, Paris oder Rom das Sagen hätten, Sendezeit bekommen. Und zwar ziemlich viel davon.

Was der Bericht nicht behandelte, waren die Verträge mit den privaten Unternehmen, die die Studios betreiben und Dutzende von technischen Mitarbeitern beschäftigen. Seltsamerweise erhält alle sechs Jahre , wenn das Budget verabschiedet ist, dasselbe belgische Unternehmen den Auftrag, obwohl dies nach EU-Vorschriften unmöglich ist. Das belgische Unternehmen ändert lediglich seinen Namen. Korruption spielt hier natürlich eine zentrale Rolle. Jemand in der EU-Kommission erhält dafür natürlich eine riesige Provision.

Bei Zeitungen geht es um weniger Geld, aber die nackte Gier, eigene Fake News zu verbreiten, ist offensichtlich. Wobei diejenigen, die die EU wirklich fördern und ihr Profil schärfen können, am meisten begünstigt werden. Laut der MCC-Untersuchung hat das Programm „Informationsmaßnahmen für die EU-Kohäsionspolitik" (IMREG) seit 2017 rund 40 Millionen Euro an Medien und Nachrichtenagenturen gezahlt, um Inhalte zu produzieren, die die „Vorteile" der EU-Politik hervorheben. Der Bericht hebt Beispiele hervor, bei denen diese Finanzierung nicht klar offengelegt wird und somit effektiv „versteckte Werbung" oder „verdeckte Propaganda" darstellt.

Projekte mit italienischen Zeitungen wie *Il Sole 24 Ore* (290.000 EUR bewilligt, mit Artikeln über die positiven Auswirkungen der EU-Mittel, ohne klare Offenlegung auf der Website) und La Repubblica (260.000 EUR bewilligt, mit einem winzigen EU-Logo auf dem Projektbanner) sind nur zwei Beispiele, die durch die Untersuchung ermittelt wurden.

Ein kürzlich erschienener Artikel eines deutschen Journalisten geht noch weiter und nennt konkrete Beispiele dafür, wie EU-Gelder, die an Medienunternehmen fließen, ausdrücklich dazu verwendet werden, Fake News über Ereignisse auch außerhalb der EU-Grenzen zu verbreiten, wobei er sich auf den Bericht beruft.

Franz Becchi schrieb in der *Berliner Zeitung* kürzlich, dass EU-Gelder, die für eine wohlwollende Berichterstattung verwendet wurden, sogar bis in die Ukraine gelangten [3].

„Bei geopolitisch sensiblen Themen wie dem Russland-Ukraine-Konflikt könnten Medien, die solche Finanzmittel erhalten, einen Anreiz haben, die offiziellen Positionen der EU und der NATO zu wiederholen", schreibt er. „Allein im vergangenen Jahr hat die EU rund 10 Millionen Euro für ukrainische Medien bereitgestellt", fügt er hinzu.

Die EU ist in Bezug auf ihre undurchsichtigen Praktiken mittlerweile so dreist geworden, dass sie kaum noch versucht, die grassierende Bestechung zu verbergen. Selbst die Namen der Programme sprechen Bände.

Publiziert auf Free21 am 14.10.2025, 6:00 Uhr

Ein Programm mit dem treffenden Namen „Journalism Partnerships“ hat seit 2021 fast 50 Millionen Euro bereitgestellt.

Zeitungen erhalten außerdem beträchtliche Werbeeinnahmen von der EU, die diese Medien nutzt, um für schicke Brüsseler „Veranstaltungen“ zu werben. Brüsseler Beratungsfirmen nutzen ebenfalls ihre eigenen Schmiergeldkassen, die ihnen durch EU-Verträge für die „Veröffentlichung“ von Werbematerial zur Schaltung von Anzeigen in EU-Publikationen zur Verfügung gestellt werden. Jahrelang war dies der Fall bei der inzwischen eingestellten Zeitung „European Voice“, die sich im Besitz des Economist befand, fast keine Exemplare verkaufte, aber für ihre wöchentliche Auflage einen einzigartigen Sonderzugang zu den EU-Beamten erhielt. Ihre einzigen Einnahmen stammten von in Brüssel ansässigen Thinktanks, Wirtschaftsverbänden und Beratungsfirmen, die regelmäßig ganzseitige Anzeigen schalteten. Es überrascht vielleicht nicht, dass die beiden letzten Herausgeber gut bezahlte Posten in der – ja, Sie haben es erraten – Medienabteilung der Europäischen Kommission bekamen.

Bei den großen Nachrichtenagenturen könnte man meinen, dass es schwieriger wäre, Journalisten oder zumindest deren Eigentümer mit Geld zu schmieren. Nicht ganz.

Insbesondere Nachrichtenagenturen sind an mehreren undurchsichtigen Medieninitiativen beteiligt. Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2024 im Rahmen des Programms „Multimedia-Maßnahmen“ rund 1,7 Millionen Euro für die Einrichtung des European Newsroom (ENR) bereitgestellt. Dieser sogenannte „Newsroom“ soll Nachrichtenagenturen aus 24 Ländern zusammenbringen, um Inhalte zu EU-Angelegenheiten zu produzieren und zu verbreiten. Diese Agenturen – darunter AFP (Frankreich), EFE (Spanien), Ansa (Italien) und Belga (Belgien) – versorgen nationale Zeitungen mit Artikeln, die natürlich eine starke EU-Ausrichtung haben und deren Behauptungen, die von der Europäischen Kommission stammen, nie überprüft werden.

Noch beunruhigender ist vielleicht, dass viele große Nachrichtenagenturen so sehr in den Sphären der EU und ihrer Fake News verstrickt sind, dass sie jeglichen Bezug zur journalistischen Berichterstattung verloren haben und zu bloßen Sprachrohren der EU-Propagandamaschine geworden sind. Einige dieser Agenturen sind so sehr auf die absurden Propagandapläne der EU eingeschworen, dass sie Brüssel sogar dabei helfen, alle Beispiele für altmodischen, engagierten Journalismus zu unterbinden, die gelegentlich in den Mitgliedstaaten selbst auftauchen könnten – vermutlich in Medien, die nicht auf der Gehaltsliste der EU stehen.

Passen Sie auf, dass Sie sich nicht vor Lachen kugeln, aber die EU hat tatsächlich eine eigene Behörde, die Journalisten und Medien findet, die objektiv über sie berichten. Diese brandmarkt sie als „Fake News“-Medien und hat sogar große Medienagenturen, die ihr bei ihrer Arbeit helfen.

Die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO), die Netzwerke zur Bekämpfung von Desinformation unterstützt, hat in den letzten fünf Jahren mindestens 27 Millionen Euro erhalten – ein Bereich, der laut MCC eng mit der Förderung pro-europäischer Narrative verbunden ist. Die Organisation überwacht vermutlich stündlich Tausende von Websites und wenn sie Artikel findet, die nicht dem Drehbuch entsprechen und vielleicht unbequeme Fragen stellen, lässt sie die Hunde auf sie los. Die französische Nachrichtenagentur AFP ist eine der Agenturen, die sich dem Programm angeschlossen haben.

Auch das EU-Parlament selbst, dessen kleine Gruppe rechter Abgeordneter kürzlich das Misstrauensvotum gegen das Schätzchen Ursula durchgesetzt hat, hat sich die Hände schmutzig gemacht, indem es die Medien bestochen hat. Der MCC-Bericht behauptet, dass seit 2020 fast 30 Millionen Euro für Medienkampagnen ausgegeben wurden. Diese Mittel sollten unter anderem dazu dienen, „die Reichweite bei den Zielgruppen zu erhöhen“ und „die Legitimität der EP-Kampagnen zu stärken“, insbesondere im Vorfeld der Europawahlen. Im Klartext: „Journalisten bestechen, damit sie im Vorfeld von EU-Wahlen über Dinge schreiben“, um eine angemessene Wahlbeteiligung zu gewährleisten. Was sie stattdessen tun sollten – gerade jetzt, da die Abgeordneten ihre Wunden lecken, nachdem sie von der EU-Elite und ihrer Medienclique nach dem jüngsten Ursula-Stunt diffamiert wurden – ist, für viel mehr Transparenz bei der Vergabe von Geldern an Journalisten einzutreten. Vielleicht mit einem Logo auf dem Bildschirm bei allen Inhalten von Journalisten, die für ihre Berichterstattung EU-Gelder erhalten haben und ihre „Kameraaufnahmen“ vor EU-Institutionen oder EU-Flaggen abdrehen. Ein solches Programm braucht einen Namen, einen anständig geschriebenen Artikel über seine Bedeutung, eine große Anzahl von Abgeordneten, die es unterstützen, und natürlich die Unterstützung der Medien. Je mehr die EU dieses lächerliche Programm vorantreibt, für das sie bares Geld zahlen muss, damit es eine positive Berichterstattung gibt – ganz zu schweigen von ihrer eigenen Fake-News-Aufsichtsbehörde – desto größer wird die Forderung nach Rechenschaftspflicht für die Medien, die sich auf diesen schäbigen Deal einlassen. Die Chancen dafür stehen jedoch ungefähr so gut wie dafür, dass von der Leyen in einer Waffen-SS-Uniform ihrer Großeltern bei einer Plenarsitzung auftaucht und den berühmten Hitler-Gang von John Cleese nachahmt. MCC wäre wahrscheinlich die einzige Organisation in Brüssel, die das schaffen könnte. Ein solches Programm sollte einfach U.R.S.U.L.A. heißen.

Quellen:

[1] Mathias Corvinus Collegium (MCC), Thomas Fazi, „Brussels's media machine“, Juni 2025, *<https://brussels.mcc.hu/uploads/default/0001/01/10af81f9f28a04dbcb2e9fb98bf28a7c9f16a07a.pdf>*

Das MCC ist laut Wikipedia eine Bildungseinrichtung und Denkfabrik mit Sitz in Budapest, die dem rechtskonservativen politischen Spektrum zugerechnet wird. Das MCC ist die größte private Bildungseinrichtung für Begabtenförderung Ungarns und des Karpatenbeckens, die kostenlose Talentförderungsprogramme anbietet. *<https://de.wikipedia.org/wiki/Mathias_Corvinus_Collegium>*

[2] Substack, Thomas Fazi, „The silent coup: the European Commission's power grab“, am 11.09.2024, *<https://www.thomasfazi.com/p/the-silent-coup-the-european-commissions>*

[3] Berliner Zeitung, Franz Becchi, „EU finanziert Medien: Wird durch Millionen ein positives Image gekauft?“, am 14.07.2025, *<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/eu-finanziert-medien-wird-durch-millionen-ein-positives-image-gekauft-li.2339309>*